

Gastbeitrag: Zwei Drittel der Bevölkerung leben von nur einem

Die Transfergesellschaft

Prof. Dr. Eberhard Hamer

Junge Völker oder Völker nach tiefen Krisen oder Kriegsniederlagen haben wenig oder nichts zu verteilen. Sie zwingen also ihre Bevölkerung, selbst für sich zu sorgen und durch Eigenleistung den notwendigen Lebensunterhalt zu gewinnen. Beispiele sind die Entwicklungsländer, aber auch Deutschland nach dem verlorenen Krieg und bald auch Deutschland wieder nach dem zweiten Teil der sich entwickelnden Weltfinanzkrise.

Junge oder wiederaufbauende Völker zeichnen sich dagegen durch hohe Wachstumsraten aus (Beispiel China), weil der überwiegende Teil der Bevölkerung produktiv Marktleistungen erbringen muß, um davon zu leben. Und ebenso zeichnen sich junge Völker dadurch aus, daß in ihnen das Abgabensystem noch unterentwickelt ist, daß den Menschen von ihrer Marktleistung mehr als zwei Drittel selbst verbleiben, die Steuern also relativ gering und die Sozialabgaben noch geringer sind oder überhaupt fehlen (Beispiele Entwicklungsländer).

Produktive Volkswirtschaften sind allerdings oft gewaltsam verändert worden, wenn Diktaturen einen großen Verwaltungsapparat, Militär und ein üppiges Sozialsystem errichteten, um damit zentral die Bevölkerung zu beherrschen. Beispiele sind die kommunistischen Staaten, der Nationalsozialismus oder die Diktaturen in den unterentwickelten Ländern. Aber auch in den demokratischen Gesellschaften haben sich mit zunehmender Reife der Volkswirtschaft inzwischen in unterschiedlichem Maße die Staatsapparate und die Sozialsysteme aufgebläht, so daß immer mehr Menschen von Marktleistung abgezogen und in die Staats- oder Sozialverwaltung gewechselt sind. Unkundige Wissenschaftler, Politiker und Medien haben dies als angeblichen Fortschritt aus der Produktions- in die Dienstleistungsge-

sellschaft bejubelt, weil sie nicht wissen, daß Staats- und Sozialapparate nicht selbst produktiv sind, sondern vom Produktionsteil der Volkswirtschaft leben. Mit anderen Worten: Je geringer in den sich verkrustenden Volkswirtschaften der Produktionssektor wurde und je größer dagegen der Dienstleistungsbereich, desto geringer wurden die Raten des Wirtschaftswachstums und desto ungünstiger werden die Zukunftsaussichten dieser Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb. Diese Struktursklerose haben nicht nur die europäischen Volkswirtschaften durch ihren vor allem überproportional wachsenden Sozialsektor vorgemacht, sondern auch die USA mit der Auslagerung ihrer Produktion nach China und ihrer volkswirtschaftlichen Konzentration auf die Dienstleistung (70%).

Immer war es in der Geschichte so, daß bei kontinuierlichen Entwicklungen sich ein Feudalsystem entwickelte, in welchem immer größere, selbst unproduktive Teile der Bevölkerung als Adel, als Geistlichkeit, als Militär oder als Kapitalist von einer für den Markt arbeitenden Bevölkerung der Unterschichten und des Mittelstandes gelebt haben. Bis zur französischen Revolution waren Adel und Geistlichkeit steuerfrei und verpraßten das, was die Landbevölkerung und der fleißige gewerbliche Mittelstand erarbeitete und in immer höheren Steuerraten abgeben mußte. Nach dem Kirchen- und Adelsfeudalismus hat Marx entdeckt, daß es auch einen Kapitalfeudalismus gibt, daß auch die Kapitalinhaber andere für sich arbeiten lassen und auf Kosten derer leben können, welche ihr Leben als Arbeiter oder fleißige Mittelständler durch produktive Eigenleistung bestreiten müssen. Dieser Kapitalfeudalismus hat sich durch die ungehemmte Geldmengenvermehrung der Federal Reserve Bank der USA (Vervierzigfachung der Geldmenge bei nur Vervielfachung der Gütermenge) in den letzten vier Jahrzehnten zu einem unge-

sunden Kapitalfeudalsystem umgedreht, daß derjenige, der Kapital arbeiten ließ, ein Vielfaches und noch steuerfrei von dem verdiente, was sich die produktiv arbeitende Bevölkerung mit Fleiß und harten Abgaben erarbeiten mußte. Heute kann man durch fleißige Arbeit wegen der Höhe der Abgaben nicht mehr reich werden. Nur durch Kapitalanlage bzw. -spekulation sind noch große Vermögen herstellbar.

Je geringer in den sich verkrustenden Volkswirtschaften der Produktionssektor wurde und je größer dagegen der Dienstleistungsbereich, desto geringer wurden die Raten des Wirtschaftswachstums und desto ungünstiger werden die Zukunftsaussichten dieser Volkswirtschaft im internationalen Wettbewerb.

Sozialfeudalismus

Seit dem letzten Weltkrieg hat sich nun aber still und heimlich vor allem in Europa noch ein weiteres Feudalsystem wie ein Krebsgeschwür durch die Gesellschaft entwickelt: ein Sozialfeudalismus.

Dies hängt eng mit unserer nicht mehr auf Ideen, sondern nur noch auf Wählerbestechung begründeten Demokratie zusammen. Die Politiker können nämlich mangels zündender Ideen die Bevölkerung vor Wahlen nur dadurch noch für sich gewinnen, daß sie ihnen immer höhere Sozialleistungen versprechen. Sie überbieten sich also gegenseitig mit Versprechen und Vergabe von Sozialwohltaten. Immer weitere Bevölkerungskreise werden als soziale Betreuungsgruppe entdeckt, mit Sozialwohltaten bedacht und sollen damit als Wähler gewonnen werden.

Dies ist nicht nur ein Vorteil für die mit Sozialwohltaten bestochenen Wähler,

sondern vor allem auch für wachsende Armeen von Sozialbetreuern, welche sich als öffentliche Sozialfunktionäre oder als private Sozialdienstleister oder als Gesundheitshelfer oder als Lebens-, bzw. Bildungsbetreuer mit öffentlichen Geldern und eigenen öffentlichen Gehältern den betreuten Bevölkerungsgruppen widmen. Von Sozialbetreuung lebt es sich inzwischen besser als von Marktleistung. Vor allem hat sich aber hier eine Interessengemeinschaft der von Sozialleistungen verwöhnten Betreuungsgruppen mit den diese Sozialleistungen verwaltenden oder betreuenden Funktionären des Sozial- und Betreuungsgewerbes gebildet. Beide Gruppen leben aus öffentlichen Mitteln, also aus den Abgaben der Marktleister. Beide Gruppen aber haben bereits längst die Mehrheit in der Bevölkerung und unter den Wählern errungen, so daß sie mit ihrer Wählermehrheit wie in früheren Sozialsystemen das Maß der Ausbeutung der Marktleister für eigenen Wohlstand (Betreuer) oder für die Sozialleistungen an die Betreuten bestimmen können

Hierin liegt auch das derzeitige Dilemma einer Partei wie der FDP, welche Steuersenkungen fordert und damit den Interessen der großen Mehrheit von Sozialbetreuern und Sozialempfängern zuwider läuft. Das Sozialgewerbe ist nämlich nur an mehr öffentlichen Einnahmen wegen mehr öffentlicher Umverteilung interessiert, nicht an geringeren Staatsgeldern bzw. Steuerersparnis für die Marktleister. Und weil die FDP sich nicht eindeutig als Partei der Leistungsträger, sondern ebenso auch der Leistungsempfänger zu präsentieren versucht, wird sie sogar von den Leistungsträgern nicht mehr einhellig als ihre Interessenvertretung empfunden. Eine deutliche Interessenvertretung der Marktleister könnte immer noch 30% der Wähler mobilisieren. Die übrigen Parteien sind nämlich längst zur Mehrheit der Leistungsnehmer übergelaufen, nicht nur die traditionellen Umverteilungsparteien des Sozialismus, sondern auch die diesem Trend nachgelaufene CDU.

Folgt man der amtlichen Statistik (Statistisches Jahrbuch 2009) so leben 37,7% der Bevölkerung von Steuern und Sozialabgaben, nämlich 20,2 Millionen Rentner, 4,6 Millionen Arbeitslose und 6,2 Millionen, die direkt oder indirekt

im öffentlichen oder halböffentlichen Dienst von staatlichen Geldern bezahlt werden.

Unge nau ist die öffentliche Statistik mit den Angehörigen der Gesundheitsversorgung. Hier gibt es sowohl privatwirtschaftlich Tätige, als auch mindestens 2 Millionen (von 3,1 Millionen) Personen, deren Einkommen von den öffentlichen Gesundheitskassen und damit letztlich von den Sozialbeiträgen kommt. Genau genommen leben also über 40% unserer Bevölkerung von öffentlichen Leistungen, entweder aus Steuern, Transfereinkommen oder Sozialeinkommen.

Berücksichtigt man die von den Sozialbeiträgen lebende Gesundheitsversorgung von mindestens 2 Millionen Erwerbstätigen, so reduziert sich die Erwerbstätigkeit für den Markt auf etwa 31 %, davon 4,1 Millionen Unternehmer und 26,5 Millionen Mitarbeiter der Privatwirtschaft.

Genau genommen leben also über 40% unserer Bevölkerung von öffentlichen Leistungen, entweder aus Steuern, Transfereinkommen oder Sozialeinkommen.

Die 23 Millionen mit unterhaltenen Angehörigen der beiden Gruppen sind hierbei außer Acht gelassen. Letztlich leben sie nämlich entweder als Angehörige der von öffentlichen Geldern bezahlten oder alimentierten Familienmitglieder, oder als Angehörige der von Markteinkommen lebenden Unternehmer oder ihrer Mitarbeiter ebenfalls aus den Markteinkommen letzterer, so daß per Saldo die letztere Gruppe der auf dem Markt Erwerbstätigen etwa 30%, die über staatliche Steuern, Transfers und Sozialeinkommen oder als Angehörige von ihnen lebenden Bevölkerungsmitglieder aber etwa 70% ausmachen.

Diese alarmierende Marktbetrachtung soll nicht die Leistung öffentlich Bediensteter oder von Transfereinkommensbeziehern mindern, die ebenfalls tätig und fleißig sind und ohne die z.B. unser Gesundheitssystem oder unser Bildungssystem nicht den heute hohen Standard hätte. Die Betrachtung bezieht sich nur darauf, daß eben auch diese Gruppe nicht von Marktpreisen, sondern von

öffentlichen Transfers unterhalten werden muß und deren Transfereinkommen wiederum von einer Minderheit auf dem Markt erarbeitet werden muß. Konkret: Wir sind immer mehr zu einer Transfergesellschaft geworden.

Konsequenzen der Transfergesellschaft

1. Betrachtet man die Situation der von Markteinkommen Lebenden, so gilt für Unternehmer wie für deren Mitarbeiter, daß ihr Marktertrag durch die gestiegenen Steuern, aber vor allem der Sozialbeiträge kontinuierlich abgenommen hat. Ein Unternehmer muß heute die dreifachen Kosten für einen Mitarbeiter rechnen, den dieser selbst netto zur Verfügung erhält. Mit anderen Worten: Die Mitarbeiter erhalten zu wenig netto. Sie kosten aber zu viel brutto, weil jede privatwirtschaftliche Lohnstunde mit etwa 200% zusätzlichen Steuern, Sozialabgaben und Verwaltungskosten belastet ist. Dies ist nicht nur ungerecht gegenüber den an die Nettoerträge heranreichenden Sozialeinkommen, sondern wird in Zukunft ein dramatisches Problem der Exportwirtschaft werden, weil unsere Wirtschaft mit 300% Lohnkosten ausländischem Wettbewerb - z.B. China - gegenübersteht, welcher kaum Steuern und kaum oder keine Sozialabgaben kennt, also selbst bei gleichen Nettolöhnen für die Mitarbeiter um 200% billiger sein kann. Praktisch sind auch die Löhne noch niedriger. Die Lohnzusatzkosten sind also im internationalen Wettbewerb ein tödliches Gewicht. Daß wir sie bisher durch Qualität unserer Leistungen erwirtschaften konnten, ist fast ein Wunder, wird aber nicht so bleiben.

2. Die überproportionale Stärke der von öffentlichen Geldern direkt oder indirekt Lebenden hängt mit unserer Entwicklung zum Sozialstaat zusammen. Es war politische Mehrheitsmeinung, daß niemand in Deutschland Not leiden dürfe, auch die Millionen Immigranten nicht, welche die von unseren Politikern freigiebig gegebenen Chancen, auch ohne Arbeit vom deutschen Sozialsystem zu leben, ergriffen haben. Man muß offen gestehen: Abgesehen von diesen Sozialausbeutereien ist unser Sozialsystem nicht nur gesellschaftlich anerkannt, sondern auch ein geschichtlich einmaliger Erfolg gewesen. Nie ist es unserem Gesamtvolk so gut gegangen, wie in den

vergangenen 30 Jahren. Nie sind selbst Problemgruppen so gut versorgt gewesen, wie in den vergangenen 30 Jahren. Nie gab es aber auch so viele "Gutverdiener" auf öffentliche Kosten, wie in den vergangenen Jahren, denkt man nur an die Ärzte, Politiker, Spitzenbeamten oder die oberen Etagen aller öffentlichen Behörden, Funkhäuser, Theater u.a.

Und nie zuvor in der Vergangenheit hatten alle Bürger mit oder ohne Arbeit, mit oder ohne Leistung in Privatwirtschaft oder öffentlichem Dienst eine so hohe Existenzsicherheit, wie in den vergangenen 30 Jahren. Vergleicht man dagegen die Sozialsituation in den USA - die viel mehr Millionäre und Milliardäre haben - mit den Sozialstaaten in Europa, dann wird erkennbar, daß allein in der sozialen Sicherheit ein ungeheurer Stabilitätseffekt unserer Gesellschaft liegt.

3. Dennoch sollte uns das Verhältnis von Marktleistern zu Transfereinkommensbeziehern alarmieren. Wir stehen vor einer Weltfinanz- und vielleicht auch Weltwirtschaftskrise, die jedenfalls wegen der großen öffentlichen Verschuldung künftig soziale Üppigkeiten wie bisher nicht mehr erlauben wird. Das Mittelstandsinstitut Hannover hat in seinem inzwischen berühmten Crash-Buch (schon 2002!) die voraussichtlich notwendigen Korrekturen aufgezeigt. Die durch die Regierung Merkel exorbitant wegen der Europahaftung hochgetriebene deutsche Verschuldung wird Korrekturmaßnahmen in allen staatlichen Bereichen, aber eben auch in den öffentlichen Gehältern, Transfereinkommen und Sozialeinkommen erzwingen, ganz gleich, ob die Korrektur über Ersparnis oder Inflation läuft.

Die Korrekturen müssen politisch durchgeführt werden. Keine Partei kann es sich allerdings mehr erlauben, gegen 70% der von öffentlichen Gaben Lebenden Ersparnisse bei der Alimentation vorzuschlagen. Die Amerikaner setzen deshalb auf ungehemmte Inflation, um über die Entwertung der Sozialleistungen deren Reduzierung durchzusetzen. Die den USA hörige Berliner Regierung wird wohl auch diesen Weg mitgehen müssen, entweder freiwillig oder gezwungen, weil sie - wie bereits ihr unzulängliches Sparpaket zeigte - mit jeder Sparmaßnahme öffentliche Proteste und Wählerverluste erleidet.

Unsere Bevölkerung ist eben für Korrekturen noch nicht reif. Die Politiker haben ihr so lange wachsenden Wohlstand und wachsende Sozialleistungen vorgegaukelt, daß sich nun keiner der Politiker traut, die Vergangenheitslüge zu offenbaren und umzusteuern. Der Markt läßt sich aber nicht betrügen. Was die Politiker nicht wagen, wird die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise kommende Inflation zwangsweise korrigieren.

Für die Rentnergeneration gilt: Wir haben den höchsten Wohlstand genossen, den es je in Deutschland gegeben hat, auch als Transfereinkommens- oder Sozialeinkommensempfänger. Für die nächste Generation sieht das ganz anders aus. Sie hat die von unserer Generation eingegangenen Schulden, die eingegangenen Sozialansprüche und überhöhten Steuer- und Sozialabgabenbelastung der Fleißigen zu tragen bzw. zu korrigieren.

Ausblick

Eigenartigerweise war es ein amerikanisches Institut, welches für Europa einen "Kampf gegen die immigrierten Sozialchmarotzer" voraussagt und schon für die nächsten zwei Jahre Zwangsrückführungen der Ausländer ankündigt, die nie selbst gearbeitet, nie selbst ihren Unterhalt verdient und sogar in mehreren Generationen vom deutschen Sozialsystem gelebt haben. Wir werden uns aber auch damit vertraut machen, daß wie in England die öffentlichen Gehälter überall dort reduziert werden müssen, wo die Staaten ihre überhöhten Armeen von öffentlichen Dienern nicht mehr bezahlen können. Dies wird auch auf Deutschland zukommen, vielleicht später, aber sicher.

Und die derzeitige falsche Debatte um die angebliche Immigration von Qualifizierten deutet bereits an, daß sich ein Spannungsverhältnis ergeben hat zwischen dem, was man in Deutschland oder im Ausland netto verdienen kann. Mehr als 150.000 deutsche Qualifizierte verlassen nämlich bereits jetzt jährlich unser Land, weil die Steuern und Sozialabgaben ihnen einen zu geringen Nettoertrag übriglassen. Jeden von diesen mit Belastungssenkung zu halten, wäre billiger, als dafür fremde Fachkräfte anzulocken. Mit anderen Worten: Die derzeitige Belastung unserer Marktleistungsträger kann nicht bleiben, wird

nicht bleiben und wird entweder durch politische Vernunft oder zwangsläufig durch die Krise bereinigt.

Das Mittelstandsinstitut hat in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß die Änderung des Gewinnbegriffs auf ausgeschüttete Gewinne nicht nur unsere derzeit bei 17 Prozent Eigenkapital unterfinanzierten Unternehmen stabilisieren könnte, sondern auch jährlich mehr als 10.000 Unternehmer davon abhalten würde, mit ihrem Betrieb ins Ausland zu gehen, wo eben die Eigenfinanzierung und Stärkung der Betriebe besser als bei uns erkannt worden ist.

Die nächsten fünf Jahre werden spannend. Sie werden eine andere Steuer- und Sozialabgaben-, aber auch eine andere Einkommenssituation der öffentlich bediensteten Transfereinkommensbezieher und Sozialeinkommensbezieher bringen, schon durch die kommende Inflation. Wir sollten uns also darauf vorbereiten und rechtzeitig Eigenvorsorge treffen, wo der Staat künftig nicht mehr ausreichend sichern kann und wird.

ORF: Greenspan erwartet Zusammenbruch des Euro!

Der frühere US-Notenbankchef, Alan Greenspan, erwartet das Ende der Euro-Zone. „Der Euro bricht auseinander“, sagte Greenspan heute (23.08.2011) bei einer Tagung in Washington. „Das Ende des Euro wird Schwierigkeiten hervorrufen.“ Die Probleme in der Euro-Zone könnten die Gewinne von US-Unternehmen belasten. Das derzeitige hohe Niveau an Unsicherheit dämpfe das US-Wirtschaftswachstum.

Die Greenspan-Äußerungen belasteten die europäischen Börsen und auch den Euro. „Man muss zwar hinterfragen, welchen Stellenwert Herr Greenspan noch hat, aber die Reaktion zeigt, wie nervös die Märkte derzeit sind“, meinte ein Devisenhändler in Frankfurt/Main.

Quelle: ORF-Österreichischer Rundfunk, 23.08.2011